

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Carina Hermann, Jens Nacke und Uwe Schünemann (CDU)

Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze: Informationsflüsse zwischen Staatsanwaltschaft, Justizministerium und Landesregierung sowie Kenntnisse zu den zugrunde liegenden Sachverhalten

Anfrage der Abgeordneten Carina Hermann, Jens Nacke und Uwe Schünemann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 16.10.2026

Nach übereinstimmender Berichterstattung verschiedener Medien führt die Staatsanwaltschaft Hannover ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Stefan Politze. Der Landtag hat am 7. Oktober 2026 seine parlamentarische Immunität aufgehoben. Anlass hierfür waren Ermittlungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft, die nach den vorliegenden Berichten u. a. mit der Beantragung von Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen verbunden waren. Stefan Politze ist daraufhin als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion zurückgetreten.¹

Nach den bislang veröffentlichten Informationen stehen die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Verkaufs- und Nachnutzungsverfahren für den ehemaligen Klinikstandort Lehrte. Die Ermittlungsbehörden sollen dabei u. a. dem Verdacht nachgehen, dass vertrauliche Informationen aus dem Vergabeverfahren an Dritte weitergegeben worden sein könnten. Medienberichten zufolge wird gegen Stefan Politze insbesondere wegen des Verdachts der Beihilfe zu wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen, der Beihilfe zur Weitergabe von Geschäftsgeheimnissen sowie weiterer damit im Zusammenhang stehender Straftatbestände ermittelt.²

Die Berichterstattung stellt die Ermittlungen gegen Stefan Politze zugleich in einen größeren Zusammenhang. Danach sollen bereits bei Durchsuchungen im Mai 2026 im Umfeld des Unternehmers G. Unterlagen und Kommunikationsdaten sichergestellt worden sein, aus denen sich Hinweise auf eine mögliche Weitergabe vertraulicher Informationen ergeben haben könnten. Medienberichten zufolge prüfen die Ermittlungsbehörden insbesondere, ob Informationen über konkurrierende Angebote im Rahmen des Bieterverfahrens für den ehemaligen Klinikstandort Lehrte an den Unternehmer weitergegeben worden sein könnten.³

Im Mittelpunkt zahlreicher Medienberichte steht dabei der Unternehmer G., der mit verschiedenen Unternehmensprojekten im Gesundheits- und Pflegebereich in Niedersachsen tätig ist. Nach den zitierten Medienberichten war ein von ihm vertretenes Unternehmen am Verfahren zur Nachnutzung des ehemaligen Klinikstandortes Lehrte beteiligt. Darüber hinaus ist öffentlich bekannt, dass der Unternehmer Geschäftsführer einer GmbH ist, die in Isernhagen eine internationale Pflegefachschule betreibt und internationale Pflegekräfte für Tätigkeiten in Deutschland qualifiziert.⁴

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang Medienberichte über mögliche Kontakte zwischen Stefan Politze und dem Unternehmer G. So berichten Medien⁵, dass die Staatsanwaltschaft Politze zudem offenbar vorwerfe, sich bei einer Pflegeschule in Isernhagen verbotswidrig für den Unternehmer eingesetzt zu haben. Danach soll Politze den Präsidenten der Region Hannover (im Folgenden: Regionspräsident) Krach aufgefordert haben, eine Baugenehmigung zu beschleuni-

¹ HAZ und FAZ am 10.10.2026; https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/hintergruende-zu-ermittlungen-gegen-spd-politiker-eine-chronik,chronologie-lehrte-100.html

² HAZ und FAZ am 10.10.2026; https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/hintergruende-zu-ermittlungen-gegen-spd-politiker-eine-chronik,chronologie-lehrte-100.html

³ HAZ am 10.10.2026, Die Chronologie des Politze-Rücktritts

⁴ <https://magnet.academy/de/impressum/>

⁵ HAZ am 10.10.2026

gen. In diesem Zusammenhang soll im Dezember 2025 auch die Spende von 9 900 Euro des Unternehmers G. an die Berliner SPD geflossen sein, die o. g. Regionspräsident Krach nach eigenen Angaben aber umgehend zurücküberwiesen habe. Im Januar 2026 soll Politze den Unternehmer dann aufgefordert haben, das Geld erneut zu überweisen, aber dann verschleierte, so die Medienberichterstattung.

I. Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze

1. Wann wurde bei der Staatsanwaltschaft Hannover erstmals ein Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze eingeleitet?
2. Wer hat bei der Staatsanwaltschaft Hannover entschieden, ein Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze einzuleiten?
3. Wann und in welcher Form wurde die Behördenleitung der Staatsanwaltschaft Hannover über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens informiert?
4. Welche Erkenntnisse lagen der Staatsanwaltschaft nach der Durchsuchung bei G. im Mai 2026 vor?
5. Zu welchem Zeitpunkt ergab sich jeweils ein Anfangsverdacht gegen Steffen Krach, Stefan Politze und weitere Beschuldigte?
6. Wann wurde die Generalstaatsanwaltschaft Celle über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens informiert?
7. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte diese Unterrichtung?
8. In welcher Form erfolgte die Unterrichtung (schriftlicher Bericht, elektronischer Bericht, Vermerk, Telefonat, Besprechung oder sonstige Form)?
9. Welche Informationen enthielt die Erstunterrichtung der Generalstaatsanwaltschaft im Einzelnen?
10. Zu welchem Zeitpunkt wurde das Justizministerium erstmals über das Ermittlungsverfahren informiert?
11. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte diese Unterrichtung?
12. Welche Organisationseinheiten des Justizministeriums erhielten diese Information?
13. Wer war Empfänger der Erstinformation im Justizministerium?
14. Welche Tatsachen, Verdachtsmomente und Straftatbestände waren Gegenstand dieser Unterrichtung?
15. Zu welchem Zeitpunkt erhielt der Staatssekretär im Justizministerium Kenntnis von dem Ermittlungsverfahren?
16. Von wem wurde er informiert?
17. In welcher Form fand die Unterrichtung statt (telefonisch, mündlich, per Mail etc.)?
18. Wie und in welcher Form hat der Staatssekretär auf die Unterrichtung reagiert?
19. Zu welchem Zeitpunkt erhielt die Justizministerin Kenntnis von dem Ermittlungsverfahren?
20. Von wem wurde die Justizministerin informiert?
21. In welcher Form fand die Unterrichtung statt (telefonisch, mündlich, per Mail etc.)?
22. Wie und in welcher Form hat die Justizministerin auf die Unterrichtung reagiert?
23. Welche weiteren Berichte der Staatsanwaltschaft Hannover gingen nach der Erstunterrichtung bei der Generalstaatsanwaltschaft Celle ein?
24. Welchen Inhalt hatten diese Berichte?
25. Welche weiteren Berichte der Generalstaatsanwaltschaft gingen bei dem Justizministerium ein?

26. Welchen Inhalt hatten diese Berichte?
27. Gab es im Laufe des Ermittlungsverfahrens direkte Berichte oder Kontakte der Staatsanwaltschaft Hannover mit dem Justizministerium? Wenn ja, bitte genaue Daten nennen und die Inhalte wiedergeben.
28. Wurde die Beantragung der Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Stefan Politze dem Justizministerium vorab angezeigt? Falls ja, wann? Falls nein, warum nicht?
29. Welche Behörden bzw. Stellen innerhalb der Landesregierung wurden hierüber unterrichtet?
30. Wurde die beabsichtigte Beantragung einer Durchsuchung oder Beschlagnahme gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft berichtet? Falls ja, wann und in welcher Form? Falls nein, warum nicht?
31. Wurde hierüber auch das Justizministerium informiert? Falls ja, wann und in welcher Form? Falls nein, warum nicht?
32. Zu welchem Zeitpunkt wurde die Staatskanzlei erstmals über das Ermittlungsverfahren informiert?
33. Durch wen erfolgte diese Information?
34. Welche Personen innerhalb der Staatskanzlei wurden informiert?
35. Zu welchem Zeitpunkt wurde der Chef der Staatskanzlei erstmals informiert?
36. Wer informierte in welcher Form erstmals den Chef der Staatskanzlei über das laufende Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze?
37. Welche Informationen lagen ihm zu diesem Zeitpunkt vor?
38. Zu welchem Zeitpunkt wurde der Ministerpräsident erstmals informiert?
39. Wer informierte in welcher Form erstmals den Ministerpräsidenten über das laufende Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze?
40. Welche Informationen lagen ihm zu diesem Zeitpunkt vor?
41. Wurden Mitglieder der Landesregierung vor der öffentlichen Berichterstattung über das laufende Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze informiert? Wenn ja, welche?
42. Wann und durch wen erfolgte gegebenenfalls die jeweilige Unterrichtung?
43. Welche Kenntnisse hatten die jeweiligen Mitglieder der Landesregierung über den Stand der Ermittlungen?
44. Fanden zu dem Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze Besprechungen oder Abstimmungen innerhalb der Landesregierung statt, z. B. zwischen dem Justiz- und dem Innenministerium? Falls ja, wann und mit welchen Teilnehmern?
45. Wurden von der Staatsanwaltschaft Hannover bestimmte Vorkehrungen getroffen, um das Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze streng vertraulich führen zu können? Falls ja, wie wurde die besondere Vertraulichkeit des Verfahrens sichergestellt? Falls nein, warum nicht?
46. Wurden im Laufe des Ermittlungsverfahrens vonseiten der Generalstaatsanwaltschaft oder des Justizministeriums Anweisungen hinsichtlich der Vertraulichkeit gegenüber der Staatsanwaltschaft Hannover erteilt?
47. Aus welchen Gründen wurden bereits am 9. September 2026, elf Tage vor der Berliner Abgeordnetenhauswahl, Durchsuchungsmaßnahmen gegen Krach durchgeführt, während entsprechende Maßnahmen gegen weitere Beschuldigte (insbesondere Stefan Politze und ein MdB der SPD-Fraktion) erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgten?
48. Wann erhielt die Hausleitung im Justizministerium (Ministerien und Staatssekretär) Kenntnis von den geplanten Durchsuchungsmaßnahmen bei den Beschuldigten (bitte nach Beschuldigten und Kenntnis Ministerin/Staatssekretär differenziert darstellen)?

49. Durch wen und in welcher Form erhielten die Justizministerin und der Staatssekretär Kenntnis?
50. Was veranlassten die Justizministerin und der Staatssekretär gegebenenfalls nach Kenntnisnahme?
51. Wann erhielt die Hausleitung im Innenministerium (Ministerin und Staatssekretär) Kenntnis von den geplanten Durchsuchungsmaßnahmen bei den Beschuldigten (bitte nach Beschuldigten und Kenntnis Ministerin/Staatssekretär differenziert darstellen)?
52. Durch wen und in welcher Form erhielten die Innenministerin und der Staatssekretär Kenntnis?
53. Was veranlassten die Innenministerin und der Staatssekretär nach Kenntnisnahme?
54. Wie erklärt die Landesregierung den erheblichen zeitlichen Abstand zwischen den Durchsuchungsmaßnahmen im Umfeld von G. im Mai 2026, den Durchsuchungen bei Steffen Krach im September 2026 und den erst später erfolgten Ermittlungs- bzw. Durchsuchungsmaßnahmen gegen Stefan Politze und den ebenfalls beschuldigten SPD-Bundestagsabgeordneten?
55. Wann gab es die erste Presseanfrage bei der Staatsanwaltschaft Hannover zum Ermittlungsverfahren gegen Stefan Politze (bitte den genauen Zeitpunkt nennen)?
56. Wurden die Generalstaatsanwaltschaft und/oder das Justizministerium über die Presseanfrage informiert? Wenn ja, wer genau wurde von wem informiert? Wenn nein, warum wurden Generalstaatsanwaltschaft und Justizministerium nicht informiert?

II. Beteiligung der Landesregierung an der Vergabe zur Nachnutzung des Klinikstandorts in Lehrte

1. Welche Ministerien, Landesbehörden oder sonstigen Einrichtungen des Landes Niedersachsen waren mit Fragen der Zukunft des Klinikstandorts Lehrte befasst?
2. Welche dieser Stellen waren unmittelbar oder mittelbar mit dem Verkaufs-, Vergabe- oder Interessenbekundungsverfahren zur Nachnutzung des ehemaligen Klinikstandorts Lehrte befasst?
3. Welche Aufgaben nahmen die jeweiligen Ministerien oder Behörden hierbei wahr?
4. Welche Kontakte bestanden im Zusammenhang mit dem Verkaufs- oder Vergabeverfahren zwischen dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung (MS) und dem Klinikum Region Hannover (KRH) beziehungsweise der Region Hannover? Falls es Kontakte gab, zu welchen Zeitpunkten gab es diese Kontakte und welchen Inhalt hatten diese?
5. Welche Mitglieder der Landesregierung wurden über die Durchführung des Interessenbekundungs- beziehungsweise Bieterverfahrens informiert?
6. Wann erfolgte die jeweilige Unterrichtung und auf welchem Wege?
7. Welche Rolle spielte das MS bei der Entwicklung des Nachnutzungskonzeptes für den Klinikstandort Lehrte?
8. War das Gesundheitsministerium in die Planung des Regionalen Gesundheitszentrums in Lehrte eingebunden? Falls ja, seit wann und in welcher Form? Falls nein, warum nicht?
9. Welche Besprechungen fanden hierzu zwischen Vertretern des MS, der Region Hannover, dem KRH oder weiteren Beteiligten statt?
10. Welche Vermerke, Berichte oder Entscheidungsvorlagen wurden hierzu innerhalb des MS erstellt?
11. Welche Vertreter des MS nahmen an Besprechungen zum Projekt „Einrichtung eines Regionalen Gesundheitszentrums in Lehrte“ teil?
12. Wurde das MS über den Kreis der Bewerber beziehungsweise Bieter informiert? Wenn ja, welche Stelle innerhalb des MS wurde informiert? Falls nein, warum nicht?

13. Wurde auch die Hausleitung (Minister, Staatssekretärin) über den Ablauf und den Bewerberkreis sowie den Ausgang des Bieterverfahrens informiert? Wenn ja, zu welchen Zeitpunkten und mit welchem Inhalt? Falls nein, warum nicht?
14. Welche Kenntnisse hatte die Staatskanzlei über die Vorbereitung, Durchführung und Entscheidung des Vergabeverfahrens über die Einrichtung eines Regionalen Gesundheitszentrums in Lehrte?
15. Wurden Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Staatskanzlei über einzelne Bewerber oder Investoren sowie über den Ablauf des Bieterverfahrens informiert? Falls ja, welche Informationen wurden jeweils von wem übermittelt?
16. Gab es Besprechungen oder Termine in oder mit der Staatskanzlei, in denen die Nachnutzung des Klinikstandorts Lehrte Gegenstand war? Falls ja, bitte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Ort und Zeitpunkt der Besprechungen nennen.
17. Welche Kontakte hatten Mitglieder der Landesregierung, Staatssekretäre, Büroleitungen oder Mitarbeiter von Ministerien seit Beginn des Interessenbekundungsverfahrens Anfang Oktober 2025⁶ zu Unternehmen oder Personen, die sich um die Nachnutzung des Klinikstandorts Lehrte beworben hatten? Wenn ja, welche dieser Kontakte fanden vor Abschluss des Vergabeverfahrens statt, welche Inhalte wurden hierbei jeweils besprochen, und wurden hierbei wirtschaftliche, genehmigungsrechtliche oder förderrechtliche Fragen erörtert?
18. Gab es Kontakte der Landesregierung zu dem in der Berichterstattung genannten Unternehmer G., der die Spende an die SPD Berlin in Höhe von 9 900 Euro geleistet haben soll, oder von ihm vertretenen Unternehmen im Zusammenhang mit dem Klinikstandort Lehrte? Falls ja, wann, mit wem und mit welchem Inhalt?
19. Sind Gesprächsvermerke, E-Mails, Kalendereinträge oder sonstige Unterlagen zu solchen Kontakten vorhanden? Falls ja, bitte die jeweilige Behörde angeben.
20. Welche Förderprogramme des Landes kamen für das Nachnutzungskonzept des Klinikstandorts Lehrte in Betracht?
21. Wurden entsprechende Fördermöglichkeiten mit Bewerbern oder Investoren erörtert? Wenn ja, welche Ministerien bzw. Behörden führten hierzu mit wem welche Gespräche?
22. Gab es gezielt Anfragen von Bewerbern im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens an Landesbehörden oder Ministerien bezüglich möglicher Förderungen? Falls ja, von wem und wann?
23. Sind der Landesregierung Hinweise bekannt geworden, dass einzelne Bewerber über besondere Informationen zum Vergabeverfahren verfügten?
24. Wann erhielt die Landesregierung hiervon gegebenenfalls erstmals Kenntnis?
25. Welche Maßnahmen wurden daraufhin gegebenenfalls ergriffen?
26. Wurden Beschwerden, Hinweise oder Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren an Ministerien oder Landesbehörden offen oder anonym herangetragen? Falls ja, wann, durch wen und mit welchem Inhalt?
27. Welche Prüfungen wurden daraufhin gegebenenfalls veranlasst?
28. Welche Besprechungen fanden zwischen Landesregierung, Region Hannover und KRH zum Zukunftskonzept Gesundheitszentrum in Lehrte statt?
29. Wer nahm jeweils daran teil?
30. Welche Ergebnisse wurden bei den jeweiligen Besprechungen erzielt?

⁶ <https://www.krh.de/das-krh/aktuelle-meldungen/krh-klinikum-lehrte-interessenbekundungsverfahren-gestartet>

31. Gab es schriftliche Berichte der Region Hannover an Landesministerien zur Einleitung und zum Fortgang des Vergabeverfahrens? Falls ja, wann und an welche Ministerien wurde berichtet?
32. Gab es Berichte über einzelne Bewerber oder Investoren? Falls ja, welche Informationen wurden hierbei übermittelt?
33. Welche Kontakte bestanden zwischen Mitgliedern der Landesregierung und Steffen Krach hinsichtlich der Nachnutzung des Klinikstandorts Lehrte?
34. Welche Kontakte bestanden zwischen Mitgliedern der Landesregierung und Stefan Politze hinsichtlich der Nachnutzung des Klinikstandorts Lehrte?
35. In welchen Fällen wurden dabei über konkrete Nutzungskonzepte, Investoren oder Bewerber gesprochen?
36. Welche Kontakte bestanden zwischen Mitgliedern der Landesregierung und dem Unternehmer G. beziehungsweise von ihm vertretenen Unternehmen?
37. Wurden dabei Fragen des Klinikstandorts Lehrte, des geplanten Gesundheitscampus, der Magnet Academy oder sonstiger Projekte angesprochen?

III. Kontakte der Landesregierung zu dem Unternehmer G., der der SPD Berlin 9 900 Euro gespendet haben soll, seinen Unternehmen sowie zu Genehmigungs- und Förderverfahren

1. Welche Kontakte bestanden seit dem 1. Januar 2023 zwischen Mitgliedern der Landesregierung, Staatssekretärinnen und -sekretären, Büroleitungen, Referatsleitungen oder sonstigen Beschäftigten der Landesverwaltung und dem Unternehmer G. persönlich?
2. In welcher Form fanden diese Kontakte jeweils statt (persönliche Gespräche, Telefonate, Videokonferenzen, E-Mail-Verkehr, Messenger-Kommunikation, Veranstaltungen oder sonstige Kontakte)?
3. Zu welchen Anlässen fanden diese Kontakte jeweils statt?
4. Welche Ministerien und Landesbehörden führten seit dem 1. Januar 2023 Gespräche mit dem Unternehmer G. oder Vertretern seiner Unternehmen?
5. Von welchen Unternehmen, Beteiligungen oder Projektgesellschaften von G. hat die Landesregierung Kenntnis?
6. Welche Projekte von G. oder von ihm vertretenen Unternehmen wurden gegenüber Landesministerien oder Landesbehörden vorgestellt?
7. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Tätigkeit der GmbH des G. in Isernhagen, die dort eine Pflegeschule betreibt?
8. Wann wurde die Landesregierung erstmals über das Vorhaben einer internationalen Pflegefachschule beziehungsweise eines Ausbildungszentrums für ausländische Pflegekräfte in Isernhagen informiert?
9. Durch wen erfolgte diese Information?
10. Welche Ministerien oder Landesbehörden waren mit dem Vorhaben befasst?
11. Welche Förder-, Genehmigungs-, Anerkennungs- oder Zulassungsverfahren standen nach Kenntnis der Landesregierung im Zusammenhang mit der Ansiedlung der Magnet Academy in Isernhagen?
12. Welche Behörden des Landes waren unmittelbar oder mittelbar an diesen Verfahren beteiligt?
13. Gab es Besprechungen bzw. Termine zwischen Landesbehörden und Vertretern der GmbH des G., die in Isernhagen eine Pflegeschule betreibt, bzw. Unternehmen des G. zur Ansiedlung einer Pflegeschule in Isernhagen? Falls ja, wer nahm an diesen Besprechungen jeweils teil, und welche Inhalte wurden dabei erörtert?

14. Sind der Landesregierung Hinweise bekannt, wonach sich Dritte gegenüber Behörden oder politischen Entscheidungsträgern für eine Beschleunigung von Genehmigungs- oder Anerkennungsverfahren zugunsten der Magnet Academy GmbH eingesetzt haben? Falls ja, wann erhielt die Landesregierung hiervon erstmals Kenntnis, und welche Behörden waren hiervon betroffen?
15. Wurden entsprechende Anliegen zur Verfahrens- und Genehmigungsbeschleunigung an Ministerien, die Staatskanzlei oder sonstige Landesbehörden herangetragen? Falls ja, von wem und mit welchem Inhalt?
16. Haben Mitglieder der Landesregierung oder Beschäftigte der Landesverwaltung gegenüber nachgeordneten Behörden um bevorzugte Bearbeitung, beschleunigte Bearbeitung oder besondere Priorisierung von Verfahren im Zusammenhang mit der Ansiedlung der Magnet Academy gebeten? Falls ja, wer hat wann gegenüber welcher Behörde welche Bitte oder Empfehlung ausgesprochen?
17. Wurden hierzu Aktenvermerke, Gesprächsnotizen, E-Mails oder sonstige Unterlagen gefertigt?
18. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu Medienberichten vor, wonach Stefan Politze sich zugunsten einer schnelleren Bearbeitung von Verfahren im Zusammenhang mit der Pflegeschule in Isernhagen eingesetzt haben soll?
19. Wann erhielt die Landesregierung hiervon erstmals Kenntnis?
20. Welche Stellen innerhalb der Landesregierung wurden hierüber informiert?
21. Wurden bzw. werden diese Vorgänge innerhalb der Landesregierung bewertet oder geprüft? Falls ja, mit welchem Ergebnis?
22. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu Kontakten zwischen Stefan Politze und G. vor, soweit diese Gegenstand behördlicher Vorgänge, Berichte oder sonstiger behördlicher Erkenntnisse geworden sind?
23. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu Kontakten zwischen Steffen Krach und G. vor, soweit diese Gegenstand behördlicher Vorgänge, Berichte oder sonstiger behördlicher Erkenntnisse geworden sind?
24. Haben Mitglieder der Landesregierung seit dem 1. Januar 2023 gemeinsam mit Stefan Politze und G. an Besprechungen, Veranstaltungen oder Terminen teilgenommen? Falls ja, wann, wo und zu welchem Zweck?
25. Haben Mitglieder der Landesregierung seit dem 1. Januar 2023 gemeinsam mit Steffen Krach und G. an Besprechungen, Veranstaltungen oder Terminen teilgenommen? Falls ja, wann, wo und zu welchem Zweck?
26. Welche Förderprogramme des Landes kamen für Projekte von G. oder von ihm vertretenen Unternehmen grundsätzlich in Betracht?
27. Welche Förderanträge wurden durch Unternehmen von G. seit dem 1. Januar 2023 bei Landesbehörden gestellt?
28. Falls ja, um welche Fördersummen ging es bei den jeweiligen Projekten?
29. Wie wurden diese Anträge jeweils beschieden?
30. Welche Gespräche fanden hierzu zwischen Antragstellern und Landesbehörden statt?
31. Wurde für Projekte von G. politische Unterstützung durch Mitglieder der Landesregierung oder Beschäftigte der Landesverwaltung erbracht? Falls ja, in welcher Form?
32. Welche Vermerke, Berichte, E-Mails, Gesprächsnotizen oder sonstigen Unterlagen liegen in Ministerien oder der Staatskanzlei zu G. und seinen Unternehmen bzw. Aktivitäten vor?
33. Welche Kontakte bestanden zwischen Landesregierung und G. im Zusammenhang mit dem Interessenbekundungs-, Bieter- oder Vergabeverfahren zum ehemaligen Klinikstandort Lehrte?

34. Welche Mitglieder der Landesregierung hatten Kenntnisse über von G. eingereichte Konzepte oder Bewerbungen im Rahmen des Bieterverfahrens zum Klinikstandort Lehrte?
35. Wurden diese Konzepte innerhalb von Ministerien oder der Staatskanzlei erörtert? Falls ja, wann und mit welchem Ergebnis?
36. In welchem Umfang wurden die Projekte „Klinikstandort Lehrte“, „Pflegeschule Isernhagen“ und weitere Vorhaben von G. in ressortübergreifenden Besprechungen der Landesregierung gemeinsam betrachtet oder behandelt?